

St. Franziskus Offenbach:

**„Leisten wir alle Widerstand,
wenn Menschenwürde und
Menschenrechte in Gefahr
geraten! Engagieren wir uns
gemeinsam aktiv für die
freiheitliche Demokratie!“**

Von Pfarrvikar Anton Lucaci

4. Mai 2024



„Leisten wir alle Widerstand, wenn Menschenwürde und Menschenrechte in Gefahr geraten!
Engagieren wir uns gemeinsam aktiv für die freiheitliche Demokratie!“
So heißt es in der Erklärung der deutschen Bischöfe vom 22. Februar 2024.

Und aus dieser Stellungnahme der Bischöfe hat der Leitende Pfarrer Andreas Puckel auf der Veranstaltung des Bürgerfestes „Demokratie und Vielfalt“ folgenden Redebeitrag beigetragen:

„Wer aus demokratischem, freiheitlichem und menschenfreundlichem Geist heraus seinen Widerstand gegen die Machenschaften der Rechtsextremisten bekundet, verdient unser aller Unterstützung und Respekt. Gut, dass zahlreiche Christinnen und Christen so engagiert mitwirken und sich für Menschenwürde, Menschenrechte und Demokratie einsetzen! Wir sehen mit großer Sorge, dass sich radikales Denken verstärkt und sogar zum Hass auf Mitmenschen wird – vor allem aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe, wegen des Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität.

Deutschland und Europa haben im 20. Jahrhundert den Aufstieg und Fall mehrerer extremistischer Ideologien und Bewegungen erlebt. Deren katastrophale Folgen mahnen auch heute zur Wachsamkeit. Die Kirche weist deshalb alle Formen des Extremismus mit Nachdruck zurück. Sie sind unverantwortliche Gefährdungen des Gemeinwohls und der freiheitlichen Ordnung. Gegenwärtig stellt der Rechtsextremismus die größte Bedrohung extremistischer Art für unser Land und für Europa dar.

Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung. In diesem radikalisierten Denken wird die gleiche Würde aller Menschen entweder geleugnet oder relativiert und somit zu einem für das politische Handeln irrelevanten Konzept erklärt. Für die Kirche aber ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottesgebildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte.

Wir sagen mit aller Klarheit: Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar. Die Verbreitung rechtsextremer Parolen – dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus – ist über dies mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar. Wir appellieren an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch an jene, die unseren Glauben nicht teilen, die politischen Angebote von Rechts außen abzulehnen und zurückzuweisen. Wer in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft leben will, kann in diesem Gedankengut keine Heimat finden.

Gemeinsam mit Frau Prodekanin Bruch-Cincar vom evangelischen Stadtdekanat Frankfurt-Offenbach haben wir für die christlichen Kirchen und Pfarrer Pascal Schilling von der Frei-Religiösen Gemeinde Offenbach für den Kreis der Religionen hier klar Stellung bezogen. Neben Stadtverordnetenvorsteher Stephan Färber, Oberbürgermeister Dr. Felix Schwenke haben sich Sprecher des Kinder- und Jugendparlamentes, der Gewerkschaften und zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen im Büsingpark zusammen gefunden, um klar Stellung gegen Rechtsextremismus in der Stadt Offenbach zu beziehen.